

BISS: Offiziell existiert in Braunschweig kein atomares Zwischenlager, dennoch werden auf dem Thuner Gelände Container mit radioaktiven Abfällen über unbestimmte, längere Zeiträume illegal gelagert. Seit kurzem ist zudem bekannt, dass dort rostige Fässer mit Radioaktivitätssymbol im Freien lagern. Wie gedenken Sie diese Zustände abzustellen?

Hennig Brandes, CDU: - bis zum 14.05. keine Antwort -

Wolfgang Büchs, BiBS:

[...] Der Abtransport der illegalen Container wurden bereits Ende letzten Jahres von der Stadt angemahnt. Allerdings scheint sich nun dieses Verfahren durch juristische Widerreden seitens der Nuklearfirmen zu verschleppen. Ein klarer Fall dürften die Rostfässer im hinteren Freigelände sein: diese stellen eine akute Boden- und Gewässergefährdung dar. Bei Verstößen gegen Umweltrecht darf es keinen Zeitverzug zum Wegräumen geben. Daher war es richtig, Strafanzeige wg. der Rostfässer zu stellen. / - Kommunikation mit dem LAND zu Reduzierung der Umgangsgenehmigungen, um jedwede Erweiterung zu unterbinden / - Durchsetzung der Verbringung der illegalen Container in ein bestehendes legales Zwischenlager. [...]

Holger Herlitschke, die Grünen:

[...] Auf die strahlenschutzrelevanten Genehmigungen und in diesem Zusammenhang eventuell auftretende Verstöße von Eckert & Ziegler kann die Stadt leider nicht sanktionierend Einfluss nehmen. Genau aus diesem Grund stehe ich schon seit einiger Zeit in engem Austausch mit dem Landesumweltministerium, um hier ein Handeln seitens des Landes Niedersachsen einzufordern. Ein erster und erfreulicher Schritt in die richtige Richtung ist die Verlagerung der Zuständigkeiten vom Gewerbeaufsichtsamt auf das Landesumweltministerium, denn dadurch konnte mittlerweile ein dichteres Überwachungsnetz installiert werden. Darüber hinaus muss m. E. in Kürze auch die verfehlte 2.000 Stunden-Regelung am Zaun fallen.

Merten Herms, Piratenpartei:

Die baurechtlichen Gegebenheiten vor Ort müssen regelmäßiger und in viel kürzeren Intervallen geprüft werden, um solcher Zustände gewahr zu werden. Dazu gehört dieses Thema auf die Prioritätenliste der Bauaufsicht. Natürlich binden diese Überprüfungen sowie die Auswertungen Personalkapazitäten. Und wenn diese im Baudezernat nicht ausreichend vorhanden sind, müssen neue Stellen geschaffen werden. Das kann die Politik und dazu kann auch ein Oberbürgermeister beitragen. Sparen am falschen Ende hätte gerade hier langfristige und fatale Folgen.

Ulrich Markurth, SPD:

Die Verwaltung kann hier lediglich im Rahmen der geltenden Bestimmungen eine Umlagerung verlangen und bei Missachtung entsprechende Sanktionsmaßnahmen einleiten. Die Bauverwaltung hat die Firma Eckert & Ziegler bereits aufgefordert, die illegal dort gelagerten Fässer umzulagern. Hier sollte die Firma schnellstens handeln, um verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen. Wichtig ist nach meiner Auffassung gerade vor diesem Hintergrund eine kontinuierliche Berichterstattung der Verwaltung in die zuständigen politischen Gremien wie Bezirksrat und Planung- und Umweltausschuss. Es muss deutlich werden, dass Verwaltung, Politik und Bürger bei derartigen Missständen an einem Strang ziehen.

Udo Sommerfeld, die LINKE:

Die Linksfraktion hatte bereits eine entsprechende Initiative im Rat gestartet. Diese hat dazu beigetragen, dass derzeit ein Verfahren wegen der Abstellung der illegalen Container eingeleitet wurde. Dieses Verfahren muss zügig weiter verfolgt werden.

OB-Kandidaten

beantworten

Wahlprüfsteine

der



- eingereichte Beiträge in alphabetischer Reihenfolge -

V.i.S.d.P.: BISS (Bürgerinitiative Strahlenschutz Braunschweig) e.V.

Meinestraße 10D, 38110 Braunschweig-Thune

Email: email@biss-braunschweig.de

Internet: www.biss-braunschweig.de

Spendenkonto: BISS - BürgerInitiative StrahlenSchutz - Braunschweig e.V. /

Kontonummer: 200154102 / Bankleitzahl: 250 500 00

IBAN: DE68 2505 0000 0200 1541 02 / BIC: NOLADE2HXXX / Nord/LB

BISS: Die von Eckert & Ziegler angestrebte Erweiterung der Konditionierungstätigkeiten neben Wohnhäusern und Schulen kann unserer Auffassung nach nur durch einen vollständigen Erweiterungsstopp rechtssicher verhindert werden. Bitte nehmen Sie dazu Stellung.

Hennig Brandes, CDU: - bis zum 14.05. keine Antwort -

Wolfgang Büchs, BiBS:

Da stimme ich zu. Atomare Konditionierungstätigkeiten von Eckert & Ziegler in Thune dürfen aufgrund der Lage mitten in einem Wohngebiet, neben Schulen und Kindergarten nicht zugelassen werden. [...] Erst langsam kommt die Stadt ihren Aufgaben nach: / - Ausnutzung der Möglichkeiten einer Kommune (Wohnen definieren im Stadtentwicklungsplan, komplette Einschränkung auf den nicht-nuklearen Bestand im B-Plan) / - Einplanung von möglichen Klagen durch E&Z gegen die Stadt und deren Finanzierung (keine Erteilung von Baugenehmigung für eine Erweiterung).

Holger Herlitschke, die Grünen

Die von meiner Ratsfraktion initiierte Änderung des Bebauungsplans soll eine Ausweitung der Konditionierungskapazitäten von Eckert & Ziegler ja gerade verhindern. Bei diesem Ziel stimmen wir Grünen mit der BISS vollkommen überein. Ob dieses Ziel allerdings nur mit einem vollständigen Erweiterungsstopp - also der Begrenzung auf den jetzigen Ist-Zustand ohne jegliche Veränderungsmöglichkeit auf dem Firmengelände in Thune – erreicht werden kann, ist m. E. zweifelhaft. [...]

Merten Herms, Piratenpartei:

[...] Die bisherigen Baurechtseinschränkungen sind ein Anfang, dürfen aber nicht das Ende des Versuches eines vollständigen Erweiterungsstopps sein. Natürlich kann man das Baurecht auf dem Gelände weiter einschränken. Ob das rechtens wäre, müssten dann erneut die Gerichte entscheiden. Damals waren die Ausgangsvoraussetzungen für die Genehmigungen andere, als es sich heute darstellt. Jetzt gilt es, die weiteren rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen und ggf. zu klagen, um die Höhe der Umgangsgenehmigungen aufgrund der veränderten örtlichen Gegebenheiten dahingehend zu verringern, dass weder das geplante Erweiterungsgelände eingerichtet noch im Bestandsbetrieb Erweiterungen vorgenommen werden können.

Ulrich Markurth, SPD

Im Zuge des zurzeit in Aufstellung befindlichen neuen Bebauungsplans Gieselweg/Harxbütteler Straße wird der Geltungsbereich neu festgelegt werden. Zielsetzung ist es, den Firmen nur noch in sehr geringem Umfang Möglichkeiten der betriebsbedingten Erweiterung einzuräumen, sofern diese in erster Linie aus Modernisierungs- und weniger aus Kapazitätsgründen erforderlich sind. Keinesfalls sollen zukünftig Erweiterungen möglich sein, die eine Ausweitung des Geschäftsbetriebs, insbesondere im Hinblick auf die Abfallkonditionierung, beinhalten. Hier soll die zurzeit durch die Veränderungssperre festgelegte Beschränkung auf den vorhandenen Status Quo auch in der Folge erhalten bleiben. [...]

Udo Sommerfeld, die LINKE:

Über Rechtssicherheiten entscheiden Gerichte und nicht Oberbürgermeisterkandidaten. Insofern kann ich Ihre Frage nicht beantworten. Wir wollen jedenfalls, dass nicht nur keine Erweiterung stattfindet, sondern die vorhandene Strahlenbelastung gegen 0 gesenkt wird. Dazu müssen Gebäude und Fahrzeuge modernisiert und die Umgangsgenehmigung drastisch verringert werden. Aber darüber entscheidet das Land. Ich hoffe, dass der grüne Umweltminister endlich tätig wird.

BISS: Werden Sie eine Umsiedlung von auf dem Gelände ansässigen Firmen unterstützen, und falls ja, wie gedenken Sie darauf hinzuwirken (z.B. indem Sie Gelder für Prozesskosten einplanen)?

Hennig Brandes, CDU: - bis zum 14.05. keine Antwort -

Wolfgang Büchs, BiBS:

Soweit es sich um illegale Atom-Nutzungen handelt, sind solche Geschäfte ohne jegliche Standort-Alternative zu unterbinden. Medizinisch-pharmazeutische Betriebsteile dagegen können verlagert werden. Da könnte mitgeholfen werden:

- Unterstützung durch die Stadt Braunschweig bei der Sanierung/Umsiedlung durch Kommunikation mit LAND, BUND und EU für mögliche Fördergelder und Bereitstellung eines geeigneteren Standortes. Das Prozess-Risiko ist akut - die nötigen finanziellen Mittel müssen die Ratsparteien einplanen, wollen sie sich nicht völlig unglaubwürdig gegenüber der Öffentlichkeit machen.

Holger Herlitschke, die Grünen:

Auch ich bin der Auffassung, dass eine Umsiedlung der mit radioaktiven Stoffen umgehenden Firmen sehr zu begrüßen wäre. Die Stadt Braunschweig kann dies jedoch auf ihrem eigenen Stadtgebiet nicht leisten, weil an jedem denkbaren anderen Standort in Braunschweig dieselben Probleme wie in Thune auftauchen würden. Daher kämen nur eine Umsiedlung der Betriebe im Land Niedersachsen oder gar die Suche nach einem neuen Standort in einem anderen Bundesland in Frage, um die Nähe zu Wohngebieten deutlich zu verringern. Ob und - wenn ja - wo dies möglich wäre ist allerdings eher eine Frage an das Land und / oder den Bund.

Merten Herms, Piratenpartei:

Natürlich wird die Umsiedlung nur in enger Zusammenarbeit mit dem niedersächsischen Land möglich sein, schon weil Strahlenschutz und Umweltministerium Ländersache sind. Wenn die Stadt Braunschweig wirklich die Umsiedlung will, wird sie dafür Geld in die Hand nehmen sowie Finanzierungsmodelle zusammen mit dem Land erarbeiten müssen und die Möglichkeiten auf EU-Fördermittel prüfen lassen. Das ist alles möglich, man muss es nur auch wollen und die Initiative ergreifen. Mit mir als OB? Sehr gerne.

Ulrich Markurth, SPD:

Kurzfristig ergeben sich keine Möglichkeiten, die Firma zu einer Umsiedlung zu bewegen. Aus meiner Sicht kann eine solche Umsiedlung – wenn überhaupt – nur in der langfristigen Perspektive gemeinsam mit den vor Ort ansässigen Unternehmen angedacht werden. Vor dem Hintergrund des bestehenden Nutzungskonflikts zwischen Wohnbebauung auf der einen und gewerblicher Nutzung auf der anderen Seite gilt es, im Rahmen einer integrierten Stadtentwicklungsplanung einen möglichen Lösungsweg für diesen städtebaulichen Missstand aufzuzeigen. Da wir im Moment Flächen sowohl für den Geschosswohnungsbau als auch für den Bau von Einfamilienhäusern benötigen, ist es nicht darstellbar, diese Form der zukünftigen Nutzung für den genannten Bereich von vornherein auszuschließen.

Udo Sommerfeld, die LINKE:

Uns ist weder bekannt, dass die entsprechenden Firmen umziehen wollen, noch haben wir Kenntnis von einem möglichen Alternativstandort. Sollte sich dies anders darstellen, wäre eine maßvolle Förderung des Umzuges durch die Stadt Braunschweig denkbar.

Die Antworten wurden aus Platzgründen teils gekürzt, finden sich aber vollständig unter www.biss-braunschweig.de.